

Die verfassungsrechtliche Belastungsgrenze der Unternehmen

dargestellt am Beispiel der Personalzusatzkosten

Von

Prof. Dr. Walter Leisner



Duncker & Humblot · Berlin

Inhaltsverzeichnis

A. Der Sachverhalt: Der Anstieg der Personalzusatzkosten und die daraus sich ergebenden verfassungsrechtlichen Fragestellungen	11
I. Der Begriff der Personalzusatzkosten (PZK)	11
1. Die statistischen Erfassungskategorien	11
2. Die Personalkostenbelastung der Betriebe	12
3. Betrachtung der durchschnittlichen PZK-Belastung	13
II. Die Globalzahlen zu den PZK und ihre Entwicklung – internationaler Vergleich	15
1. Der erreichte Zustand: nahezu Lohnverdoppelung	15
2. Kontinuierlich stärkeres Ansteigen der PZK als der Direktentgelte	16
3. Internationaler Vergleich	17
III. „Gesetzliche“ und „tarifliche“ PZK	20
1. Die Begriffe – die Aufgliederung der PZK	20
2. Das Ansteigen der gesetzlichen und tariflich/betrieblichen PZK	21
3. Tariflich/betriebliche PZK – nicht Gegenstand dieser Untersuchung	22
IV. Die Sozialversicherungsbeiträge – Hauptfaktor der gesetzlichen PZK-Belastung	25
1. Höhe und Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge	25
2. Senkungspotential der gesetzlichen PZK in der Sozialversicherung	26
V. Die öffentliche Diskussion und die Stellungnahme der Verbände	27
1. Fach- und Tagespresse	27
2. Die Stellungnahme des Handwerks	29
VI. Methode und Plan der Untersuchung	31

B. Globale rechtliche Belastungsgrenzen – rechtliche Notwendigkeit und Möglichkeit	33
I. Grundrechtliche Belastungsgrenzen für PZK – Allgemeines	33
1. Der Begriff der „unerträglichen Abgabenlast“	33
2. Hoheitliche Abgaben-Belastung – ein „Eingriff“ in wirtschaftliche Grundrechte	34
3. PZK und Steuern – Vergleichbarkeit hinsichtlich der Verfassungsschranken	35
II. Die Belastungsgrenze im Falle der PZK – praktisch je erreichbar?	36
1. Die Belastungsgrenze mit hoheitlichen Abgaben – grundsätzlich unerreichbar?	36
2. Die Belastungsgrenze – eine „theoretische“ Schranke?	37
III. Die Problematik einer Feststellung des Überschreitens verfassungsrechtlicher Belastungsgrenzen	40
1. Globalwirtschaftlicher Charakter der Sozialbelastungen – daher Schrankenwirksamkeit schon im „bedrohten Vorfeld“	40
2. „Unzumutbare Belastungen“ – nach Durchschnitts-Betrachtung	42
3. Die erforderliche Eigeninitiative des Unternehmers zur Lastentragung	44
4. Die Bedeutung des Marktes – die Abwälzung(smöglichkeit) hoheitlicher Lasten	49
5. Fazit: Die Verfassung – eine faßbare Schranke für belastende Abgaben	52
6. Marktöffnung und Realitätsbezug in der neuesten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	53
IV. Faßbare Belastungsgrenzen aus der Verfassung – eine Notwendigkeit gerade in der wirtschaftsneutralen parlamentarischen Demokratie	55
1. Die parlamentarische Demokratie – Staatsform der hoheitlichen Belastungsdynamik	55
2. Keine Wirtschaftsverfassung im GG – aber wirtschaftlicher Freiheitsschutz – „Wirtschaftsfreiheit“	57
V. Abgaben-Belastungsgrenzen aus Einzelgrundrechten, insbesondere aus dem Eigentum Privater	59
1. Belastungsgrenzen aus der Gleichheit?	60
2. Berufs/Gewerbefreiheit als Belastungsschranke – zu realisieren über Steuerver Schonung	61

3. Verfassungsrechtlicher Eigentumsschutz als Ertragsschutz für die Unternehmen	64
4. PZK und Wettbewerbsfreiheit	69
VI. Die Gesamt-Abgabenbelastung – Grundlage der Beurteilung der gesetzlichen PZK	72
1. Der Einwand der Multikausalität der Unternehmensgefährdung – das Kumulationsproblem	72
2. Die Anerkennung der Summation in den Einheitswertbeschlüssen des BVerfG	73
3. Eine überfällige Folgerung: Einbeziehung der Inflation in die Gesamtbeurteilung	74
VII. Mittelstandsförderung – von der Zulässigkeit zum Gebot kraft Verfassung	75
1. Legitimation gegenüber der Gleichheit	75
2. Die Wende zur „Mittelstandsförderung als Verfassungsgebot“	76
Gesamtergebnis von Teil B	77
C. Die Überdehnung der Sozialversicherung – ein wesentlicher Grund für überhöhte PZK	78
I. Die Fragestellung – Sozialversicherungs-Verfassungsrecht und Senkung der PZK	78
1. Notwendigkeit der Untersuchung des „Spezial-Verfassungsrechts“ der Sozialversicherung	78
2. Die großen Fehlentwicklungen der Sozialversicherung aus Unternehmer-sicht	79
II. Fehlentwicklungen der Sozialversicherung – Wege der Korrektur	81
1. Der „weite Gestaltungsraum“ des Gesetzgebers – kein Belastungsblankett .	81
2. Der „ausdehnungsfähige Gattungsbegriff Sozialversicherung“ – Abkoppelung von der Tradition?	82
3. Abkoppelung der Sozialversicherung vom „Versicherungsbegriff“ – grenzenloser „Ausgleich“?	87
4. Abkoppelung der Sozialversicherung vom Arbeitsverhältnis?	94
5. Der Arbeitgeberanteil – Verfassungsschranken nach dem BVerfG	100

III. Arbeitsrechtliche Fürsorgepflicht – Legitimation, aber auch Schranke der Sozialversicherungs-Belastung des Arbeitgebers	105
1. Die Rechtsprechung des BVerfG	105
2. Der Inhalt des arbeitsrechtlichen Fürsorgebegriffs und die Sozialversicherung – Anknüpfung an das Beschäftigungsverhältnis	106
3. Folgerungen für ein einschränkendes Verständnis der Sozialversicherungsverpflichtungen des Arbeitgebers	108
IV. Kritik der sozialversicherungsfremden Lasten – Sozialversicherungsbeiträge sind nicht Steuern	110
1. „Fremdlasten“ – bisher ein diffuser Begriff	110
2. Die eigentliche Fremdlast – primärer Nutzen außerhalb der Versichertengemeinschaft	112
3. Fremdlasten der Sozialversicherung – ein unerträglicher Verstoß gegen Abgabengleichheit und Finanzverfassung: „Beiträge statt Steuern“	114
V. Die wichtigsten Konsequenzen einer verfassungskonformen Korrektur von Fehlentwicklungen der Sozialversicherung – die Gefahr eines „HineinwachSENS der PZK-Belastungen in Verfassungswidrigkeit“	117
1. Beseitigung verfassungswidriger Belastungen der Sozialversicherung	117
2. Überprüfung bisheriger Belastungen in einer veränderten Marktkonstellation	118
3. Keine neuen, die PZK steigernden Belastungen	119
Ausblick: Die Belastungsgrenzen rechtlich sichern	122